Änderungen in der Sondernutzungssatzung „alt“/neu“ - Erläuterung

Alt

Neu

<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Gemeingebrauch und erlaubnispflichtige Sondernutzungen</p> <p>(1) Für den Gebrauch der in § 1 bezeichneten Straßen, Wege und Plätze über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) ist grundsätzlich die Erlaubnis der Stadt erforderlich.</p> <p>3. die Aufstellung von Containern für Altpapier, Altpappe, Altglas, Altkleider, Altschuhe u.ä.,</p> <p>9. die Werbung für politische Parteien im Sinne des Parteiengesetzes und deren Jugendverbänden bzw. unabhängigen Wählervereinigungen und Bürgerinitiativen so-wie Kandidaturen und Einzelbewerbungen aus Anlass von Direktwahlen öffentlicher Amtsträger/Amtsträgerinnen, Volks- und Bürgerbegehren sowie -entscheidungen und gesellschaftlichen Gruppierungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen, Gewerkschaften und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie mit Transparenten, Plakaten, Plakattafeln, Stellschildern,</p>	<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Gemeingebrauch und erlaubnispflichtige Sondernutzungen</p> <p>(1) Für den Gebrauch der in § 1 bezeichneten Straßen, Wege und Plätze über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) ist grundsätzlich die Erlaubnis der Stadt erforderlich.</p> <p>a. <i>Sondernutzungen sind stets anzeigepflichtig. Dauert die Nutzung über 24 Stunden hinaus, bedarf sie der Sondernutzungserlaubnis.</i></p> <p>Erläuterung:</p> <p>Über diese Ergänzung soll dieser Grundsatz für die Antragssteller*innen noch einmal herausgestellt werden, so dass die Verwaltung zukünftig über alle Sondernutzungen Kenntnis erlangen kann, unabhängig von der Frage ob diese auch erlaubnisbedürftig sind.</p> <p>3. die Aufstellung von Containern für Altpapier, Altpappe, Altglas, Altkleider, Altschuhe u.ä., <i>soweit es nicht der wöchentlichen Leerung im Rahmen der städtischen Abfallentsorgung dient.</i></p> <p>Erläuterung:</p> <p><i>Dies dient der Klarstellung und zukünftigen Vermeidung zu einer wiederkehrenden Frage.</i></p> <p>9. die Werbung für politische Parteien im Sinne des Parteiengesetzes und deren Jugendverbänden bzw. unabhängigen Wählervereinigungen und Bürgerinitiativen so-wie Kandidaturen und Einzelbewerbungen aus Anlass von Direktwahlen öffentlicher Amtsträger/Amtsträgerinnen, Volks- und Bürgerbegehren sowie -entscheidungen und gesellschaftlichen Gruppierungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen, Gewerkschaften und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie mit Transparenten, Plakaten, Plakattafeln, Stellschildern, Ständen oder ähnlich sperrigen Anlagen durchgeführt wird.</p>

Ständen oder ähnlich sperrigen Anlagen durchgeführt wird.

10. die Werbung für gewerbliche, gemeinnützige oder städtische Veranstaltungen jeglicher Art, soweit sie mit Transparenten, Plakaten, Plakattafeln, Stellschildern, Ständen oder ähnlichen Mitteln durchgeführt wird.

Näheres zur Wahlwerbung ist im § 2a der Satzung geregelt.

Erläuterung:

Der Einschub wird durch die Neuregelung der Wahlwerbung im Straßen- und Wegegesetz S-H erforderlich.

10. die Werbung für gewerbliche, gemeinnützige oder städtische Veranstaltungen jeglicher Art, soweit sie mit Transparenten, Plakaten, Plakattafeln, Stellschildern, Ständen oder ähnlichen Mitteln durchgeführt wird. *Genehmigt werden Stellschilder (Werbeschilder)/ Werbeplakate bis zu einer Größe von maximal DIN A0.*

Erläuterung:

Die Vorgabe einer maximal zulässigen Größe ist im Sinne der Verkehrssicherheit zielführend und dient der Bestimmtheit.

25. *Ladesäulen für Elektromobile.*

26. *Das Anbieten und Aufstellen von Anlagen zum Betrieb von Car-Sharing, Leihfahrrädern, E-Scootern oder vergleichbaren Fortbewegungsmitteln*

Erläuterung:

Die Ergänzung um die Nr. 25 und 26 ist nach der Rechtsprechung und der über die Jahre entstandenen zusätzlichen Thematik erforderlich.

§ 2a

Wahlwerbung

*(1) Bei der Wahlwerbung politischer Parteien im Sinne des Parteiengesetzes sowie von Kandidaten*innen und Einzelbewerbern*innen aus Anlass von Direktwahlen öffentlicher Amtsträger*innen, Wählergruppen im Sinne des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes von Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Bürgerentscheiden und Volksentscheiden mit Bezug auf Bürger- und Volksbegehren., soweit sie mit Plakatständern, Plakatwänden, Info-Stände; Lautsprechereinsätzen ect., auf*

<p style="text-align: center;">§ 3 Erlaubnisantrag, Erlaubnis</p> <p>(5) Die Sondernutzungserlaubnis kann insbesondere aus Gründen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, des Straßenbaus oder aus städtebaulichen Gründen versagt oder widerrufen werden. Die Vorschriften des Landesverwaltungsgesetzes bleiben unberührt.</p>	<p><i>öffentlichen Straßen durchgeführt wird, handelt es sich um erlaubnispflichtige Sondernutzungen.</i></p> <p><i>(2) Die Sondernutzungserlaubnis wird nur auf Antrag erteilt. Der Erlaubnisantrag ist in der Regel mindestens zwei Wochen vor Inanspruchnahme der Sondernutzung schriftlich mit Angaben über Größe, Zahl, Standorten, Umfang und Dauer der Sondernutzung bei der Stadt zu stellen. Im Ausnahmefall kann die Stadt eine Abweichung zulassen.</i></p> <p><i>(3) Die Erlaubnis wird maximal für einen Zeitraum von sechs Wochen vor bis spätestens zwei Wochen nach der Wahl erlaubt.</i></p> <p><i>(4) Die Sondernutzungserlaubnis kann aus Gründen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, zum Schutz von Orten von städtebaulich, denkmalpflegerisch, kulturell oder historisch herausragender überregionaler Bedeutung sowie aus naturschutzfachlichen Gründen oder gesetzlichen Vorgaben, z. B. aus den jeweiligen Wahlgesetzen versagt oder widerrufen werden. Die Vorschriften des Landesverwaltungsgesetzes bleiben unberührt.</i></p> <p><i>Erläuterung:</i></p> <p><i>Die Ergänzung um diesen Paragraphen ist aufgrund der Regelung aus § 21 StrWg- Sh und der Ergänzungen der §§ 23 und 29 StrWG S-H erforderlich. Insoweit entspricht diese Neu-Regelung nunmehr den rechtlichen Vorgaben des Landes und dient der Festschreibung und Konkretisierung in der Satzung.</i></p> <p style="text-align: center;">§ 3 Erlaubnisantrag, Erlaubnis</p> <p>(5) Die Sondernutzungserlaubnis kann insbesondere aus Gründen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, des Straßenbaus oder aus städtebaulichen Gründen versagt oder widerrufen werden. Die Vorschriften des Landesverwaltungsgesetzes bleiben unberührt. <i>Die Regelungen nach § 2 a Abs. 4 der Satzung bleiben hiervon unberührt.</i></p>
--	--

Erläuterung:

Der Hinweis ist aufgrund der gesetzlichen Vorgaben aus den §§ 23 und 29 STrWG erforderlich.